InterView

Die Zeit arbeitet gegen Trump

Fereidoon P. Sioshansi, Gründer und Chef des auf Energiethemen spezialisierten Consulting-Unternehmens Menlo Energy Economics, im Gespräch über die Klima- und Energiepolitik des US-Präsidenten und den Widerstand gegen diese.

Von Ernst Brandstetter

Ein Analyst der Pöyry Group sagte kürzlich, die Stromerzeugung mittels Kohlekraftwerken sinkt in den USA beträchtlich. Präsident Donald Trump könne diesen Prozess verzögern, aber nicht aufhalten. Was ist Ihre Meinung?

Sioshansi: Trump bemüht sich nach Kräften, die Umweltgesetzgebung zu beseitigen und zu schwächen und die Kohleindustrie zu stärken. Aber die Zeit arbeitet gegen ihn. Selbst wenn er sämtliche Umweltauflagen für Kohlekraftwerke abschafft, wird niemand solche Anlagen bauen. Es fehlt schlicht am Strombedarfswachstum. Außerdem haben 32 US-Bundesstaaten Ziele für den Ausbau der erneuerbaren Energien. Daher werden hauptsächlich solche Anlagen errichtet sowie Gaskraftwerke für die Bereitstellung der Ausgleichsenergie. Aber niemand baut Kohle- oder Kernkraftwerke. Trump kann also bestenfalls bestehende Kohlekraftwerke länger in Betrieb halten, indem er die Umweltauflagen abschwächt.

Kann er Subventionen für Kohlekraftwerke einführen?

Sioshansi: Ja. In Reaktion auf einen Bericht des Energieministeriums (Department of Energy, DOE), schlug Energieminister Rick Perry der Regulierungsbehörde Federal Energy Regulatory Commission (FERC) etwas Derartiges vor. Er forderte, die FERC solle die Marktregeln so ändern, dass die Betreiber von Kohle- und Kernkraftwerken zusätzliche Einnahmen erhalten, weil sie Grundlast erzeugen. Fraglich ist, wie die FERC darauf antwortet.

InterView

Ich glaube, die Stromerzeugung mittels Kohlekraftwerken wird auch unter den besten Rahmenbedingungen stabil bleiben oder sogar zurückgehen.

Sie sagten, Trumps bisher wichtigste energiepolitische Entscheidung sei gewesen, aus dem Klimaabkommen von Paris auszusteigen. Das ist sicher öffentlichkeitswirksam. Aber welche Bedeutung hat es wirklich? Die Beiträge der Teilnehmerstaaten zur CO_2-Reduktion („Nationally Determined Contributions“, NDC) gelten als unzureichend, um den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf 2 Grad Celsius zu begrenzen, wie es das Abkommen vorsieht, geschweige denn auf 1,5 Grad. Das „Implementation Handbook“ für das Abkommen wird nicht vor Ende 2018 vorliegen. Das heißt: Die Staaten, die sich zu Paris bekennen, haben sich auf etwas verständigt, von dem sie nicht wissen, was es bedeutet.

Sioshansi: Das ist sicherlich ein Thema. Aber kürzlich gab es ein Treffen der Bürgermeister von über 100 US-amerikanischen Städten. Sie einigten sich unter anderem auf CO_2-Reduktionsziele und auf mehr Energieeffizienz. Das ist wichtig, weil der Großteil der amerikanischen Bevölkerung in den großen Städten lebt. Außerdem wollen viele US-amerikanische Unternehmen das Abkommen einhalten. Ferner zählen zwei NGO die Reduktionsziele der Städte und der Unternehmen zusammen. Sie wollen feststellen, ob diese genügen, um die NDC der USA zu erreichen, also eine Emissionssenkung um 26 bis 28 Prozent, bezogen auf das Niveau von 2005. Wenn das funktioniert, würden die USA ihr „Paris-Ziel“ faktisch erfüllen, auch wenn Trump daran nicht interessiert ist.

Außerdem halte ich den Ausstieg aus Paris nicht für Trumps wichtigste Entscheidung. Allerdings ist es eine symbolisch wichtige Maßnahme, weil alle wissen, dass die USA ihre Rolle nicht mehr spielen wollen. Klimapolitisch bedeutsamer sind allerdings Trumps Maßnahmen zur Schwächung mit der U. S. Environmental Protection Agency (EPA) sowie anderer einschlägiger Behörden.

Die USA haben ihre CO_2-Emissionen vermindert, weil sie verstärkt Strom aus „unkonventionellem“ Erdgas (Schiefergas) erzeugen. Die CO_2-Emissionen Deutschlands dagegen sind gestiegen, weil dort mehr Braunkohle verstromt wird. Deutschland ist weit davon entfernt, seine Reduktionsziele zu erreichen. Es fragt sich also, wer klimapolitisch schlimmer ist, Herr Trump oder Frau Merkel.

Sioshansi: Man muss die Symbolik den Fakten gegenüberstellen. Deutschland versucht zweierlei gleichzeitig: einerseits den Ausstieg aus der Kernenergie und andererseits den Ausbau der erneuerbaren Energien. Und die Emissionen in Deutschland sind gesunken, wenn auch weniger stark als gewünscht. Langfristig ist Deutschland gut unterwegs, wenn es mit den „Erneuerbaren“ weitermacht.

Worte sind manchmal sehr bedeutsam. Auf dem G20-Treffen in Hamburg im Sommer 2017 sagten 19 der Teilnehmerstaaten: „Der Klimawandel ist ein Thema. Wir müssen handeln.“ Ein Land sagte nichts. Das waren die USA. Und das ist wichtig. Vielleicht tun auch die anderen Staaten nicht viel. Aber immerhin haben sie ein Papier unterschrieben, auf dem steht, dass der Klimawandel ein wichtiges Thema ist. Wer nicht einmal etwas sagt, zeigt, er ist an einer Sache nicht interessiert. Wenn ein großes und prosperierendes Land sich auf einem G20-Gipfel weigert, seine Rolle zu spielen, schädigt das sein Ansehen stark. Und mit Trump steht das Ansehen der USA auf dem Spiel.

Sie sagten, die Klima- und Energiepolitik Kaliforniens unterscheide sich stark von der Trumps. Welchen Anteil an den CO_2-Emissionen und am Energiebedarf der USA hat Kalifornien?

Sioshansi:: Kalifornien ist bereits ein sehr „sauberer“ Staat, was seine CO_2-Emissionen pro Einheit des BIP betrifft. Das hat mehrere Gründe. Die Stromerzeugung beruht zu etwa 75 Prozent auf Wasserkraft und anderen erneuerbaren Energien sowie auf der Kernkraft und ist damit CO_2-neutral. Die übrige Erzeugung basiert auf Gaskraftwerken.

Das größte Problem für Kalifornien ist jetzt der Verkehrssektor. Das macht Elektroautos so wichtig. Der kalifornische Gouverneur wünscht, dass 2025 rund 1,5 Millionen E-Autos auf den Straßen unterwegs sind und setzt sich für den Ausbau der Ladeinfrastruktur ein. Das wird den Großteil des Straßenverkehrs verändern, mit Ausnahme der großen Lastwägen.

Zu beachten ist: Anders als Staaten wie Texas hat Kalifornien wenig Schwerindustrie. Daher wird es seine CO_2-Intensität innerhalb der kommenden ungefähr zehn Jahre dramatisch vermindern können. Manche Leute halten das Ziel, die Emissionen bis 2030 um 40 Prozent zu senken, für zu ambitioniert. Aber wir werden ja sehen …

Wie sieht es mit den Kosten aus?

Sioshansi: Die erneuerbaren Energien sind nicht mehr so teuer. Außerdem stellt sich eine viel grundsätzlichere Frage: Was kostet es, wenn wir nicht richtig handeln? Die Hurrikans, der Anstieg des Meeresspiegels und zunehmende Extremwetterereignisse werden zu mehr Hungerkatastrophen, Dürren, Flüchtlingsströmen und Kriegen führen. Das zeigt sich immer deutlicher.

Die technologische Bewältigung des Klimawandels ist kein Problem?

Sioshansi: Sie braucht Zeit und Geld und viele intelligente Leute, die die Puzzleteile zusammensetzen. Aber ich bin da ganz optimistisch. Der Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft hat auch alles grundlegend verändert. Heute ernähren drei Prozent der Amerikaner die übrigen 97 Prozent. Früher waren 100 Prozent der Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig. Trotzdem hungerte die Hälfte der Leute. Dieses Problem haben wir gelöst.

Eine Ihrer Thesen lautet, Trump wolle „das Erbe Präsident Obamas im Klima- und Energiebereich so schnell und gründlich wie möglich abschaffen“. Dabei berufen Sie sich auf Trumps Aussagen bei seiner „Energy Week“ Ende Juni 2017. Aber die wesentlichste dortige Aussage Trumps war, er wolle eine „Energy Dominance“ der USA erreichen. Viele Forscher auf dem Gebiet der Energiepolitik sagen, dies unterscheide sich nicht sehr stark vom Streben Obamas nach der „Energieunabhängigkeit“ der USA.

Sioshansi: Ich halte das für eine Fehlinterpretation. Von „Energieunabhängigkeit“ sprachen etliche US-Präsidenten, darunter Carter und Nixon. Das ist eine altbekannte Formulierung. Mittlerweile sind die USA der größte Produzent fossiler Kraftstoffe. Das ist kein Thema mehr. Was Trump hingegen mit „Energy Dominance“ meint, weiß niemand. Es ergibt auch nicht viel Sinn. Möglicherweise passt es zu „Making America great again“. Ich halte solche Dinge für gefährlich und dumm. Wenn ich heute nicht genug Energie habe, kaufe ich sie von jemand anderem. Warum also sollte ich dominieren wollen?

Sie meinen also, die „Energy Dominance“ unterscheidet sich grundlegend von der „Energieunabhängigkeit“?

Sioshansi: So ist es, ja. Obama sagte, wir brauchen einen Mix aus Brenn- und Kraftstoffen, die sauber sind und der Umwelt nicht schaden. Daher präsentierte er unter anderem seinen Clean Power Plan, der Emissionsobergrenzen für Kohlekraftwerke vorsah und in das US-amerikanische Klimaziel im Rahmen des Abkommens von Paris einfloss. Obama nutzte dabei Entwicklungen, die ohnedies stattfanden, Stichwort Schiefergas, erneuerbare Energien und Energieeffizienz. Er war kein perfekter Präsident. Die USA sind ein großes Land. Aber sie sollten mit der übrigen Welt zusammenarbeiten.

Zuletzt sprachen Sie von einer „Welt der Solarüberschüsse und der kostenlosen Elektrizität“. Aber die Notwendigkeit neuer Erzeugungskapazitäten, welcher Art auch immer, ist unumstritten. Wie kann jemand in neue Anlagen investieren, wenn er keine Möglichkeit hat, sein Geld zurückzuverdienen? Wie müsste ein neues Marktmodell Ihrer Ansicht nach aussehen?

Sioshansi: Das sind zwei Fragen. Die eine ist: Wie soll der Strommarkt aussehen, wenn die erneuerbaren Energien 100 Prozent der Erzeugung ausmachen? Hier ist es notwendig, von Grund auf zu beginnen. Es wird notwendig sein, irgendeine Form von Kapazitätsmarkt zu etablieren. Und man wird Back-up-Kapazitäten brauchen. Diese müssen auf eine neue Art finanziert werden.
Die zweite Frage bezieht sich auf den kostenlosen Strom. Den gibt es bereits. Sonnen, ein deutsches Unternehmen, bietet Kunden in Sydney in Australien Gratisstrom, wenn diese ein Batteriesystem von ihm kaufen oder leasen. Mit dem kostenlosen Strom lädt Sonnen die Batterie, wenn die Sonne scheint. Der Kunde kann den Strom dann nutzen, wenn die Sonne nicht scheint. Sonnen kann das managen, weil sich der Verbrauch der Kunden wechselseitig ausgleicht. Die Firma entscheidet, wann die Batterie eines Kunden geladen wird. Und dem ist das egal, solange er Strom hat.

Das heißt, die Kunden zahlen künftig nicht mehr für Energie, sondern für Energiemanagement?

Sioshansi: Sie zahlen einen Fixpreis, und ihr Versorger übernimmt das Risiko, irgendwie sein Geld zu verdienen. Das ist übrigens nicht so radikal. Wenn die Kunden in Kalifornien einen Fixpreis von zwei US-Dollar pro Tag bezahlen, verkauft ihnen jeder Versorger den Strom gern um fünf Cent pro Kilowattstunde. Die künftigen Strompreise werden ähnlich strukturiert sein wie die Preise für Telekommunikationsdienste. Es geht darum, dass die Kunden in ein Netzwerk eingebunden sind, das zuverlässig funktioniert und Erzeugungs- sowie Verbrauchsschwankungen ausgleicht. Und die Leute werden gemäß der höchsten von ihnen benötigten Leistung bezahlen. ■